

**13.08.1871** 145. Geburtstag Karl Liebknechts

**06.08.1926** Gertrude Ederle durchschwimmt als erste Frau den Ärmelkanal

**06.08.1945** Atombombenabwurf auf Hiroshima, am 08.08.1945 auf Nagasaki

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

8. Ausgabe / 26. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

02. August 2016

## In Berlin und (H)alle dabei

Dr. Petra Sitte

Die Sommerferien sind vorbei und zahlreiche junge Menschen werden ab dem 11. August wieder in die Schule gehen. Auch neue ABC-Schützen sind darunter. Die SchülerInnen eignen sich in der Schule aber nicht nur Wissen aus dem Unterricht an. Sie sollen auch soziale Kompetenzen erlernen, wofür es die wertvolle Arbeit der SchulsozialarbeiterInnen braucht.

Die Schulsozialarbeit kommt ursprünglich aus den USA. Dort entschlossen sich in den 1930er Jahren ein paar engagierte Frauen dazu, sich ehrenamtlich in den Schulen einzubringen. Sie halfen den SchülerInnen bei ihren Hausaufgaben, versorgten sie mit Essen und spielten mit ihnen nach dem Unterricht. In Deutschland sorgte erst die Gesamtschulbewegung dafür, dass Ende der 1960er Jahre eine professionelle Schulsozialarbeit eingeführt wurde. Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik sind heute anerkannte Studienfächer.

SchulsozialarbeiterInnen leisten eine enorm anspruchsvolle Arbeit. Sie sind Ansprechpersonen für SchülerInnen in Krisen- und Problemsituationen und Vernetzungs- und Kontaktstellen zur Jugendhilfe, zu Behörden und Beratungsstellen und anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Außerdem organisieren und betreuen sie Schulprojekte und bereichern durch sozialpädagogische Methoden den Unterricht. Auch in Eltern-Lehrer-Gesprächen wirken sie mit, vermitteln Hilfsangebote und helfen bei Anträgen, um Unterstützungsangebote zu erhalten. Sie arbeiten dabei sowohl mit der einzelnen Person als auch mit kleineren Gruppen oder ganzen Klassenverbänden und leisten

einen wichtigen Beitrag zu präventiver Aufklärung über Drogen, Sexualität und Rassismus.

In Sachsen-Anhalt gibt es seit 2008 ein Programm namens Schulerfolg sichern!. Die Jugendhilfe, die Kommunen und regionale PartnerInnen machen es sich hier zum Ziel, allen Kindern und Jugendlichen eine hochwertige Grund- und Sekundarbildung zu ermöglichen und kein Kind dabei zurückzulassen. Durch die Mittel des Europäischen Sozialfonds und des sachsen-anhaltischen Bildungsministeriums sollen 380 Schulsozialarbeitsprojekte gefördert werden. Regionale Netzwerkstellen dienen dabei als AnsprechpartnerInnen und stellen Bildungsangebote zur Verfügung, wo sie benötigt werden.

Um aber dieses Programm umsetzen zu können, müssen die SchulsozialarbeiterInnen seit Kurzem nun auch noch einen enormen bürokratischen Aufwand betreiben. Damit festgestellt werden kann, welche Kinder von den Projekten profitieren sollen, müssen die Eltern einen vierseitigen Fragebogen beantworten. Darin werden persönlichste Daten zum finanziellen Hintergrund, zu sozialen und familiären Gegebenheiten, zum Bildungsniveau, zum eventuellem Migrationshintergrund und auch zu bestehenden Behinderungen abgefragt. Die SozialarbeiterInnen müssen diese Erhebungen dann auswerten und auf Grundlage der Ergebnisse entscheiden, ob und welche Unterstützung dem Kind gegeben werden kann. Wenn sich die Eltern nicht einverstanden zeigen, peinlichst genau ausgefragt zu werden, besteht die Gefahr, dass diesen Kindern die Teilnahme an Projekten und Angeboten verwehrt wird.

weiter auf Seite -2-

**In Berlin und (H)alle dabei,** Fortsetzung von Seite -1-

Das widerspricht aber dem oben beschriebenen Ziel, allen SchülerInnen eine hochwertige Teilhabe an Bildung zu ermöglichen. Auch der Datenschutz scheint hier sehr fragwürdig zu sein.

So eine Datenabfrage ist schlicht und ergreifend diskriminierend und benachteiligend – das ist ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsansatz. SchulsozialarbeiterInnen sollen Kindern und Jugendlichen Angebote und Unterstützung unabhängig von Herkunft oder Bildungsniveau anbieten. Die Zeit, die es braucht, um alle Daten auszuwerten, geht der Zeit verloren, die die SozialarbeiterInnen für die SchülerInnen benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und Raum für kreative und engagierte Schulsozialarbeit sehen anders aus. Die Kinder werden durch so ein Bürokratiemonster nicht unterstützt, sondern deren Wertschätzung gefährdet. Und die SozialarbeiterInnen werden an ihrer eigentlichen Arbeit massiv gehindert. Das kann so nicht sein.

Es muss eine vernünftige Form der Datenerhebung gefunden werden, die die Eltern nicht in Verlegenheit bringt und die Kinder nicht von vornherein diskriminiert. Denn durch die bisherige Vorgehensweise werden sie in Schubladen gesteckt. Jedes Kind soll von der Schulsozialarbeit profitieren können.

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt hat starke Bedenken an der bisherigen Vorgehensweise zur Umsetzung des Programms Schulerfolg sichern. Sie wird als ersten Schritt den Landesbeauftragten für Datenschutz um eine Stellungnahme bitten. Es muss alles unternommen werden, um den bürokratischen Aufwand weiter zu minimieren. Da darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Fest steht, dass Schulsozialarbeit spätestens nach Ablauf der Förderperiode neu gedacht und auf neue Grundlagen der Förderung gestellt werden muss. DIE LINKE will inklusive Bildungsteilhabe für alle – unabhängig von den individuellen Hintergründen, die jeder Mensch mitbringt. Bildung heißt eben nicht nur aus Büchern, sondern auch miteinander im sozialen Umgang zu lernen. Dafür sind SchulsozialarbeiterInnen eine unerlässliche Stütze. Sie gehören gewissermaßen zur Grundausstattung jeder Schule. Dafür braucht es rechtliche Sicherungen im Schulgesetz und im Kinder-

und Jugendhilferecht. Damit sie ihre anspruchsvolle Arbeit auch gut erledigen können, brauchen sie angemessene Unterstützung.

Im kommenden Herbst wird die Landtagsfraktion gemeinsam mit den AkteurInnen darüber beraten, wie und unter welchen Bedingungen die Schulsozialarbeit ab 2020 auf verlässliche Füße gestellt werden kann, wer sie finanziert, welche Standards dafür nötig sind und welche Arbeitsbedingungen der KollegInnen dafür unerlässlich sind.

### Sommerfest 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,  
nicht versäumen möchten wir, euch über die Höhe der Spenden, die zum Sommerfest eingegangen sind, zu informieren.

Solidaritätsseife aus Griechenland: 52,50 Euro;  
Solistand für Cuba Sí brachte 50,00 Euro und 40,00 Euro kamen „foarn Guchen“ (hallesch für „für den Kuchen“; gesprochen [foan g'u:xn]) zusammen.

Vielen Dank.

Das **Wahlkreisbüro von Hendrik Lange** ist umgezogen und ab sofort unter der neuen Adresse **Am Gastronom 14, 06124 Halle**, erreichbar. Telefon und E-Mail sind gleich geblieben.

Der Stadtverband DIE LINKE.Halle

trauert um Genossen

**Heinz Kamjunkte**

Halle

\* 06.07.1930 - † 11.07.2016

**Fraktion DIE LINKE [LSA]:**

## **Ruf nach Bundeswehreinsatz im Inneren ist fahrlässig**

Auch Innenminister Stahlknecht denkt angesichts der aktuellen Sicherheitslage über die Möglichkeiten eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren nach. Dazu bemerkt der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Stefan Gebhardt:

„Zunächst – die Rechtslage ist klar, das Grundgesetz spricht zu Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Bundeswehr eine klare Sprache. Auch noch so listige Argumentationen und Wortspiele, wie denn der eine oder andere Fall doch noch durch das Grundgesetz abzudecken wäre, bleiben Sandkastenspiele. Diese allerdings sind gefährlich, denn so wird der vielbeschworene Boden der Rechtsstaatlichkeit und des Grundgesetzes schnell verlassen, das sollten auch Herr Stahlknecht und seine Brüder und Schwestern im Geiste sorgfältig bedenken.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine berechnete Forderung, zu deren Umsetzung bedarf es einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Polizei in der notwendigen Personalstärke. Der katastrophale Personalabbau bei der Polizei der letzten Jahre führt jetzt zunehmend zu einer nachvollziehbaren öffentlichen Verunsicherung, und genau dieser sollte der Innenminister im Rahmen seiner Verantwortung ent-

gegentreten.

Hinzu kommt, dass in der jetzigen Situation nicht allein polizeiliche Mittel gefragt und ausreichend sind. Vielmehr muss endlich der Einsicht zum Durchbruch verholfen werden, dass eine umfassende sozialpsychologische Begleitung und Betreuung von Menschen, die sich in ausweglosen Situationen sehen – darunter auch Geflüchtete –, dringend erweitert und ausgebaut werden muss. Dazu bedarf es der entsprechenden Ressourcen, für deren Bereitstellung der Innenminister seinen Einfluss in der Landesregierung wie auch in der Landes-CDU geltend machen sollte. DIE LINKE bleibt strikt auf dem Boden des Grundgesetzes und lehnt selbst Planspiele für einen Bundeswehreinsatz im Inneren ohne Wenn und Aber ab.

Die aktuelle Situation darf nicht missbraucht werden, um die zu Recht gesetzten hohen Hürden für einen solchen Einsatz schleifen zu wollen. Hinzu kommt, dass mit den berechtigten Erwartungen der Menschen, die Sicherheit zu gewährleisten, nicht gespielt werden darf – auch deshalb ist der Ruf nach Bundeswehreinsätzen im Inneren fahrlässig, denn es wird etwas vorgespiegelt, was nicht zu realisieren ist.“

## **EU-Abgeordneter Helmut Scholz zur Europäischen Linken nach dem Brexit, zur Meinungsbildung über Ländergrenzen hinweg und zum weiteren Vorgehen des Europaparlaments**

**F.:** Wie positioniert sich die die Linke, insbesondere die Linksfraktion im EU-Parlament, zu der Entscheidung der britischen Wählerinnen und Wähler?

**A.:** Die Linke im Europaparlament, wie die Linke in allen EU-Mitgliedstaaten, ist von dem Abstimmungsergebnis betroffen und zugleich gefordert, Stellung zur Zukunft der EU zu nehmen. Wenn wir sagen, dass Austeritätspolitik, unsolidarischer Umgang mit Flüchtlingen und Migranten, eine nationalistische Nabelschau eine große Rolle gespielt haben bei Organisatoren und Hintermännern des Brexit-Referendums und dem Versuch, populistische Positionen für eigene machtpolitische Konstellationen zu gewinnen, erfordert das Antworten der Linken, wie wir ein soziales, demokratisches und weltoffenes solidarisches Europa errichten wollen.

**F.:** Das fordert die Linksfraktion im Europaparlament seit Jahren. Bewegt hat sich aber praktisch nichts.

**A.:** Das gilt vielleicht für Entscheidungen im Parlament selbst. Dort können wir unsere Positionen und Argumente einbringen, aber aufgrund unserer Fraktionsstärke Abstimmungen kaum »gewinnen«. Ich glaube jedoch, dass die europäische Linke eine Menge Kraft entwickelt hat, wenn es darum ging, den Schulterschluss und die direkte Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, europäischen Initiativen oder Umweltverbänden zu entwickeln. Insofern ist sie da gar nicht so klein und machtlos, wie es vielleicht in parlamentarischen Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen aussieht. Und je enger diese Verbindung und »Rückendeckung« ist, desto nachdrücklicher können wir im Europäischen Parlament Flagge zeigen.

Stichwort TTIP-Kampagne: Dort ist die Verknüpfung zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Positionierung gelungen und hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir als Linke die Kritik an diesem Freihandelsabkommen ins Parlament einbringen konnten und diese dort zu einem gar nicht so kleinen Teil aufgegriffen wurde.

Aber nach der Brexit-Entscheidung stellt sich die Frage, ob wir bereit und in der Lage sind, auf die institutionelle und strukturelle Weiterentwicklung des europäischen Projekts zu reagieren und auch zu agieren, viel dringlicher als in den vergangenen Jahren. Wenn wir als Linke dazu bereit sind, müssen wir nicht nur den Begriff des Neustarts Europas zitieren, sondern konkret darüber nachdenken, wie dieser aussehen könnte – in einem breiten demokratischen Konsultationsprozess in allen Mitgliedstaaten, unter Berücksichtigung der realen Verfasstheit unseres Integrationsprojektes und der Struktur der EU. Solche Aspekte können in einem Konvent, einer verfassungsgebenden Versammlung, einem Generalstand, wie von französischen Linken vorgeschlagen, diskutiert werden. Denn wir müssen die Meinungsbildung nicht nur in der Fraktion, sondern in allen linken Parteien intensivieren und voranbringen.

**F.:** Existiert der Diskussionsprozess über Ländergrenzen hinaus? Von der Partei der Europäischen Linken ist wenig zu bemerken.

**A.:** Ich gehe davon aus, dass der bevorstehende Kongress der Europäischen Linkspartei im Dezember in Berlin sich mit diesen Fragen beschäftigen muss. Es geht darum, wie die linken Parteien und Bewegungen miteinander neue konkrete Antworten formulieren, ob sie akzeptieren, sich ungeachtet unterschiedlicher Sichten, kultureller und historischer Traditionen sowie nationaler Regelungskompetenzen gerade im sozialen und wirtschaftspolitischen Bereich, im Bildungsbereich, in der Medienwelt und der Außen- und Sicherheitspolitik dennoch auf den Hosenboden zu setzen und gemeinschaftliche Interessen eines demokratischen und sozialen Europas zu bestimmen. Oder ob gerade auch der Brexit selbst bei den Linken einen Rückzug ins Nationalstaatliche forciert und einen »Lexit« als Marschroute ausgibt. Letzteres kann angesichts der Herausforderungen in Europa und im globalen Rahmen keine Lösung sein.

## Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Mitstreiterinnen und Mitstreiter,



Ihr könnt Euch sicher denken, dass es herrlich ist, wenn Ferien sind, und zwar große. Unser doofer Deutschlehrer Herr Reim hat mir, wenn auch widerwillig, auf meinen letzten Gedichtvortrag eine Eins geben müssen, weil ich nicht ein bisschen gestockt habe und auch betont. Natürlich konnte der nicht ahnen, dass ich vorher das Gedicht mindestens hundert Mal bei Oma aufsagen musste, ehe sie zufrieden war. Ihr kennt das Gedicht bestimmt auch. Es heißt „Der Zauberlehrling“ und ist von dem großen Dichter namens Goethe. Da habe ich aber das Wasser wallen lassen, das könnt Ihr mir glauben. Dabei habe ich meine Hände gehoben, als ob ich einen Geist herbeizaubern wollte. Alle außer der zickigen Markenklamottenpaula, die bei meinen Geisterbeschwörungen ein Gesicht gezogen hat, als ob sie Essigwasser schlürfen musste, haben auf meiner Seite gestanden und sogar Beifall geklatscht. Und so habe ich auf dem Zeugnis in Deutscheine Zwei bekommen.

Mein Ostseeurlaub mit Oma und Opa konnte also kommen. Ich freute mich schon auf das Meer, schließlich kann ich ja schwimmen. Vielleicht fahren wir ja auch mal mit einem Schiff mit.

Mama und Papa haben nur eine Woche in den Ferien frei gekriegt, weil der Betrieb vorgeht.

Da fahren wir dann vielleicht in den Harz. Das wäre schön, aber man kann ja nie wissen, ob es gerade einen Eng- oder Weitpass bei der Arbeit gibt. Als linkes Mädchen interessiere ich mich natürlich auch in den Ferien, was so in der Welt und bei uns geschieht. Und das Belauschen von Oma und Opa ist hier viel einfacher, weil ich einfach so tun muss, ob ich fest schlafe. Natürlich darf ich auch länger aufbleiben. Ein Fernseher ist auch im Zimmer. Toll!

Auch wenn viele jetzt darüber meckern, dass wir Linken nach wie vor, auch wenn alle Parteien jetzt eine Art Schwenk machen, für die Aufnahme von Flüchtlingen und so sind, glaube ich wie Oma und Opa, dass wir als Linke im Recht sind. Wir können sie doch nicht einfach im Meer absaufen lassen oder dem blöden türkischen Machthaber namens Erdogan überlassen, der ein Autokrat ist. Das Wort kommt aus dem alten



Griechisch, sagt mir Oma, und bedeutet soviel wie Alleinherrscher oder Selbstherrscher.

Kann der auch so wie Hitler werden, frage ich Euch. Wie sieht das jetzt in bei uns in Deutschland aus. Ich als linke Schülerin im Ferienstand mache mir wie meine Großeltern Sorgen, weil die neue Partei AfD sich immer weiter in Deutschland ausbreitet und immer öfter mit neuen Naziparteien liebäugelt. Oma sagt, dass Politiker aus der CDU oder CSU schon immer auf dem rechten Auge blind sind, auf dem linken dagegen hellwach.

Das hatte ich nicht so richtig verstanden. Und habe natürlich wie immer gebohrt, weil ich das genauer wissen wollte, vor allem für meine Fraktion LAL. Oma erzählte mir, dass in der alten BRD, als es noch die DDR gab, die Kommunistische Partei schnell verboten und ihre Mitglieder verfolgt wurden, obwohl sie einst von den Nazis gejagt, eingesperrt und ermordet worden sind. Opa sprach, dass diese den höchsten Blutzoll von allen bezahlt haben. Ich kenne dieses Wort nicht, aber ich stelle mir das furchtbar vor. Und die durften nun in der alten BRD nicht mehr in einem öffentlichen Dienst arbeiten, zum Beispiel als Lehrer.

Die alten Nazis .dagegen durften, so sagt Opa, bereits mit einem Gesetz in den „fünfziger Jahren“ wieder im öffentlichen Dienst arbeiten. Bei einem meiner üblichen Lauschangriffe (war ja jetzt leicht zu machen) kriegte ich folgendes mit, was vielleicht eine Erklärung für „auf dem rechten Auge blind“ heute sein könnte. Oma und Opa redeten über die „fünfziger Jahre“?. Da soll ganz hoher Nazi unter einem Bundeskanzler, ich glaube, er nannte sich Adenauer, es sogar bis zum Schef in einem Bundeskanzleramt gebracht haben. Oder ein anderer, der in der Nazizeit geschrieben hat, dass Juden eine minderwertige Rasse sind und eine Rassenschande, wenn sich ein Deutscher aus einer Ahrierrasse nicht von einem jüdischen Ehemann oder Ehefrau trennt.

Er hieß, glaube ich, Klopke oder so.

Na, das war wieder einmal ein Satz!!!

Ich frage Euch, warum Naziparteien heute nicht einfach verboten werden. Mit der Kommunistischen Partei ging doch das damals ganz fix.

Wir als LAL finden es gemein, dass die Polizei die neuen Nazis bei Demos beschützt und die Linksdenkenden, die sich einfach auf die Straße setzen, damit die Nazis nicht weiter marschieren können, vor Gericht müssen.

So! Im Urlaub will ich Oma und Opa nicht weiter mit meinen Fragen nerven, das mache ich dann später mal.

Aber an Euch kann ich das ja mal schnell schreiben, damit ich es loswerde.

Tschüs

Eure Lene

### **Senioren-Cafe' am 31. August 2016**

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4 :

#### **„Reisen ist Weltanschauung“**

meinen Sieglinde und Siegfried Kamuf und zeigen uns ihre Videos

### **Vorschau September:**

#### **Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger**

am 14. September 2016 im Kartoffelhaus, ab 16 Uhr:

Informationen aus dem Landtag und Diskussion mit MdL Genossin Henriette Quade.

Gäste sind herzlich willkommen!

### **Senioren-Cafe' am 28. September :**

„Mit der Hallunken-Schunkel durch Halles Norden“

Treff: 15 Uhr Marktplatz

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
29.07.2016  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 08.09.2016

Die „Bildungspartisaninnen“ laden ein:

## ***"Wir müssen reden, Genossin ;-)"***

**Treffen bildungs- und parteiaktiver Frauen in der LINKEN in Thüringen, Bayern, Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen**

Liebe Genossinnen,

wir „Bildungspartisaninnen“ sind ein Arbeitszusammenhang von Frauen aus der Kommission Politische Bildung (KPB) beim Parteivorstand der LINKEN und weiteren in der feministischen Bildungsarbeit erfahrenen Frauen aus dem Umfeld der KPB.

Seit 2014 organisieren wir regionale Treffen von bildungs- und parteiaktiven Frauen in der LINKEN. Sie bieten Raum für Gedankenaustausch, gemeinsames Lernen und Vernetzung.

Wir fragen: Wie müssen wir unsere Partei und uns selbst verändern, damit mehr Frauen Lust bekommen, sich bei und mit uns einzumischen? Wie können wir gemeinsam handlungsfähiger werden?

Was wollen wir wissen, um den Ursachen gesellschaftlicher Widersprüche und Krisen auf die Spur zu kommen? Was haben wir für Ideen, um unsere Kommune, dieses Land und Europa gemeinsam mit vielen anderen grundlegend zu verändern – hin zum schönen Leben für alle?

Und mit Rosa Luxemburg fragen wir: Was heißt *Revolutionäre Realpolitik* – heute, hier und jetzt? Ist revolutionär nur die außerparlamentarische Bewegung und Parlamentsarbeit ein notwendiges Übel? Was können und wollen wir in den Parlamenten?

Zu all diesen Fragen wollen wir gemeinsam mit euch Ideen entwickeln, unsere politische Praxis prüfen und unseren analytischen Blick schärfen. Gemeinsam werden wir entscheiden, worauf wir den Schwerpunkt unserer Diskussion legen. Wir schlagen vor, auch die Herausforderungen für DIE LINKE im Rahmen der Regierungsbeteiligung, Erfahrungen und Widersprüche, mit denen wir umgehen müssen – selbstverständlich und besonders aus feministischer Perspektive in den Blick zu nehmen.

Wir laden Euch herzlich zu einem **regionalen Tagesworkshop nach Elgersburg (Thüringen)** ein.

**Samstag, 27. August 2016**

**11:00 – 18:00 Uhr**

**Hotel am Wald, Schmücker Straße 20, 98716 Elgersburg / Thüringen**

Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. Fahrtkosten können leider nicht erstattet werden.

Damit wir Räumlichkeiten, Material und Verköstigung planen können, bitten wir um verbindliche **Anmeldung bis zum 15. August 2016** bei

Annegret Gabelin: [polbil@die-linke.de](mailto:polbil@die-linke.de), Tel. 030 / 24009-35 1

Eure „Bildungspartisaninnen“

## Warum bundesweit am 17.9. gegen CETA & TTIP demonstrieren? - Fragen und Antworten

### 1. Warum soll ich gegen CETA demonstrieren? Was ist daran zu kritisieren?

Als Handelsabkommen neuen Typs zielt CETA nicht nur auf den Abbau von Zöllen, sondern auch darauf, sogenannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“ zu beseitigen. Darunter fallen zum Beispiel Umweltschutzbestimmungen, bewährte Standards des Verbraucherschutzes oder auch die Kulturförderung. CETA und TTIP greifen so tief in den Alltag der Menschen und in die politischen Prozesse in den beteiligten Staaten ein, dass sie nicht einfach über die Köpfe der Menschen und der gewählten Parlamente hinweg beschlossen werden können.

#### Die Hauptprobleme:

**Internationale Schiedsgerichte:** Mit CETA können Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern. Auch das von der EU-Kommission als Verbesserung verkaufte ICS (Investment Court System) lässt wesentliche Probleme ungelöst: Es schafft eine Paralleljustiz für ausländische Konzerne, aus der diesen nur Vorrechte, keine Pflichten erwachsen. Zudem bleibt unklar, warum ausländische Investoren in der EU oder in Kanada sich nicht einfach an die dortigen Gerichte wenden und den normalen Rechtsweg beschreiten sollen wie alle anderen auch.

**Regulatorische Kooperation:** Hinter diesem Begriff versteckt sich ein Verfahren, in dem Interessengruppen, die mehrheitlich aus Lobbyisten einflussreicher Konzerne bestehen, Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen sollen. Die Regulatorische Kooperation stellt letztlich jede bestehende und künftige Regelung auf den Prüfstand. Einziges Kriterium dabei ist der freie, möglichst unbeschränkte Handel. Nachhaltigkeits- oder Menschenrechtsfragen werden im Rahmen der regulatorischen Kooperation nicht geprüft.

**Liberalisierung im Dienstleistungssektor:** Der Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen würde mit CETA steigen, die Gemeinden in ihrer Entscheidungshoheit über öffentliche Belange eingeschränkt. Als erstes EU-Abkommen überhaupt verfolgt CETA einen Negativlistenansatz: Für alle Dienstleistungsbereiche, die in der Negativliste nicht aufgelistet sind, werden Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen. Im Auftrag des Staatsministeriums Baden-

Württemberg hat der Staatsrechtler Prof. Dr. Martin Nettesheim ein Gutachten über die Auswirkungen von CETA auf die Länder und Kommunen verfasst. Er kommt zum Schluss, dass die kommunale Daseinsvorsorge durch CETA gefährdet ist.

### 2. Warum richten sich die Demonstrationen auch gegen TTIP, wo doch die Entscheidung zu CETA im Vordergrund steht?

Das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada gilt als Blaupause für das TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA. Beide Abkommen sind eine Gefahr für unsere Demokratie, Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge. Während TTIP noch in der Verhandlungsphase ist, liegt CETA bereits ausverhandelt vor und soll nun beschlossen werden. Obwohl die Verhandlungen stokkend vorangehen, behalten wir mit unseren Demonstrationen gegen CETA auch TTIP weiter im Blick. Denn die Debatten um CETA strahlen auch auf die anstehenden Verhandlungsrunden zu TTIP aus!

Generell gilt es, die demokratiegefährdenden Handelsabkommen neuen Typs zu stoppen und einen gerechten Welthandel zu fordern, der die Belange der Zivilgesellschaft berücksichtigt statt sie zu Gunsten von Konzerninteressen auszublenden.

### 3. Warum ausgerechnet am 17. September demonstrieren? Warum ist der Termin so wichtig?

Die Zeit drängt, denn die EU-Kommission und der EU-Rat wollen jetzt schnell Fakten schaffen! Direkt vor der entscheidenden Woche, in der das informelle Treffen der EU-Handelsminister in Bratislava am 22. und 23. September angesetzt ist, wollen wir wieder – wie bereits im vergangenen Oktober in Berlin! – eine Viertelmillion Menschen auf die Straße bringen.

In Bratislava soll der Weg für die Unterzeichnung von CETA und für eine vorläufige Anwendung frei gemacht werden. Wir werden mit unserem bundesweiten Demonstrationstag in sieben Städten unmittelbar vorher ein Zeichen setzen, um das zu verhindern!

### 4. Warum sieben Demonstrationen gleichzeitig?

Die Landesregierungen müssen im Bundesrat über CETA entscheiden – das Abkommen wird nur ratifiziert, wenn es in der Länderkammer eine Mehrheit erhält. Mit unseren bundesweit sieben Demonstrationen in sieben Bundesländern werden wir die einzelnen Landesregierungen in die Pflicht nehmen!

Wir wollen damit jetzt den Druck auf die Bundesregie-



rung und die EU-Kommission weiter erhöhen, denn der Entscheidungsprozess über das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada steht kurz vor Abschluss. In enger Zusammenarbeit mit den regionalen und lokalen Bündnissen gegen CETA und TTIP führen wir den europäischen Regierungen ein weiteres Mal die Breite der Ablehnung gegen undemokratische Handelsabkommen eindrucksvoll vor Augen!

#### **5. Zu welcher Demonstration soll ich fahren?**

Sieben große Demonstrationen auf einmal - da fällt die Auswahl nicht leicht! Um die Entscheidung zu erleichtern, haben wir eine Karte gezeichnet, die anzeigt, welche Region am 17. September in welcher Stadt vertreten sein wird. Selbstverständlich ist das nur als ein möglicher Vorschlag zu begreifen – über Anreismöglichkeiten zur allen Demonstrationen können Sie sich in unserer Mitfahrbörse informieren. Dort können Sie direkt sehen, welche Busse und andere Reisegemeinschaften aus Ihrer Stadt zu welcher Demonstration fahren.

#### **6. Wie ist der Umgang mit rechten Einzelpersonen oder rechten Gruppen, die gegen CETA und TTIP mitdemonstrieren wollen?**

Wir treten ein für eine solidarische Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist. Die Freihandels-Kritik von rechts stützt sich auf völkisch-nationalistische Motive und damit auf Ausgrenzung und Abwertung von anderen, anstatt auf Solidarität zwischen Menschen. Uns geht es dagegen um die Verteidigung sozialer Rechte für alle, den Schutz der Umwelt und die Förderung der Demokratie. Rassistische, rechtspopulistische und antiamerikanische Positionen lehnen wir ab. Mitglieder von AfD, NPD oder anderen Gruppen, die unser Prinzip der Solidarität nicht teilen, sind auf den Demonstrationen ausdrücklich unerwünscht!

Wenn dennoch Gruppen oder Einzelpersonen mit oben genannten Motivationen die Demonstrationen für sich und ihre menschenfeindliche Ideologie zu vereinnahmen suchen, werden wir sie nachdrücklich auffordern, die Demonstrationen zu verlassen.

#### **7. Ist CETA allein ein Abkommen der EU, oder können die Mitgliedstaaten und ihre Parlamente mitentscheiden?**

Die EU schließt ein Abkommen zusammen mit ihren Mitgliedstaaten ab, wenn es die Kompetenzen der EU überschreitet. Als ein solches „gemischtes Abkommen“ wurde CETA von den Mitgliedstaaten der EU eingestuft, als 2011 das Mandat für die CETA-Verhandlungen ergänzt wurde. Doch die EU-Kommission erklärte im Juli 2016 allein die EU für CETA zuständig – damit wären die Parlamente der Mitgliedstaaten von der Entscheidung über den Vertrag ausgeschlossen. Aufgrund des großen öffentlichen Protestes musste die Kommission einen Rückzieher machen. Sie behauptet jedoch, dies sei kein rechtlicher, sondern nur ein politischer Schritt – damit hält sich noch eine Hintertür in Richtung des Europäischen Gerichtshofs auf. Vor diesem läuft nämlich in gleicher Angelegenheit ein Verfahren zum EU-Singapur-Abkommen. Die Kommission erwartet nun, dass die Unterzeichnung von CETA im Rat der EU schnell beschlossen wird – ebenso wie eine „Vorläufige Anwendung“. Dies würde bedeuten, dass die Parlamente der Mitgliedstaaten zwar abstimmen können, der vollständige Vertrag jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits längst in Kraft wäre und damit Tatsachen geschaffen wären. Wir lehnen nicht nur CETA selbst ab, sondern auch alle Versuche, die Rechte der Parlamente auszuhebeln oder einzuschränken.

Quelle: <http://ttip-demo.de/home/faq-zum-bundesweiten-demo-tag-179/>





## Auch kommunal 100% Sozial - Fraktion DIE LINKE im Gemeinderat Landsberg

In der Stadtratssitzung vom 21. Juli wurde der Antrag unsere Fraktion, die sachgrundlose Befristung von neu eingestellten Mitarbeiter\*innen, insbesondere Erzieher\*innen der Stadt Landsberg von zwei Jahren auf ein Jahr zu reduzieren, gegen die Stimmen von CDU- und SPD-Fraktion angenommen. Mit dieser für alle geltenden Regelungen ist es uns endlich gelungen, neuen Mitarbeiter\*innen mehr soziale Sicherheit und eine langfristige Perspektive in der Stadt zu geben. Ein Ausreizen der maximalen Befristungszeit von zwei Jahren stellt aber nicht nur für Mitarbeiter\*innen der Stadt ein persönliches und berufliches Risiko dar, sondern auch für Bürger\*innen. Gerade in Zeiten des Personalmangels muss sich die Stadt Landsberg bemühen, als Arbeitgeberin attraktiver zu werden. Besonders der Arbeitsmarkt für Erzieher\*innen ist durch



einen immer stärker werdenden Fachkräftemangel geprägt. Gerade gut qualifizierte Fachkräfte sehen sich in der Situation, dass sie aus einer Vielzahl von Stellenangeboten auswählen können und entscheiden sich natürlich für eine zukunftssichere Stelle. Somit kommt diese neue Regelung nicht nur Mitarbeiter\*innen sondern auch Bürger\*innen zu gute.

## Bedenkliche Entwicklung bei der CDU Landsberg.

Die Aufregung um den offenen Brief der CDU in der Stadt Landsberg an Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff nach der Landtagswahl hat sich gelegt, dennoch lohnt es sich, die CDU in dieser Hinsicht weiter im Auge zu behalten.

Nachdem der CDU-Stadtverband Landsberg im besagten Brief zwischen den Zeilen eine Koalition mit der AfD forderte, wurde ihr Wunsch bekanntlich nicht umgesetzt und eine Regierung aus CDU, SPD und den Grünen gebildet. Vor allem die letztgenannten scheinen für die CDU in Landsberg ein Dorn im Auge zu sein, denn prompt wurde Stimmung gegen die Regierungsmitglieder der Grünen gemacht.

Damit nicht genug, bekräftigt der Stadtverband bei jeder Gelegenheit die Unzufriedenheit mit der Koalition und will die AfD als Koalitionspartner nicht

prinzipiell ausschließen.

Zitat:

„Eine Koalition mit der AfD kommt derzeit nicht in Betracht. Das bedeutet aber nicht, dass sich dies zukünftig nicht ändern könnte, wenn die AfD ihre extremistischen und rechtspopulistischen Tendenzen aus Parteiprogramm und Mitgliedschaft verbannen und so zu einem akzeptablen Partner werden könnte.“

Die AfD wird so weiter im Gespräch gehalten und dargestellt, als wäre sie nur knapp und ungewollt an der demokratischen Mitte vorbeigeschrammt.

Sogar in einem Artikel, in dem über das Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion berichtet wird, gibt es offene Kritik an der Regierungskoalition.

Der Stadtverband Landsberg der CDU hat also nichts aus der letzten Landtagswahl gelernt: man will der AfD entgegenkommen, den Raum rechts von der Mitte selbst einnehmen und sogar lieber mit einer extremistischen und (mindestens) rechtspopulistischen Partei zusammenarbeiten, als mit den Grünen.

Diese Entwicklung nehmen wir sehr kritisch wahr, denn sie stärkt die Rechten und damit den Rassismus und die soziale Kälte im Land.



DIE LINKE. Saalekreis

## Mitgliederversammlung in Mücheln im Juli 2016

Als wir den Hof unseres Genossen Uhlemann betraten, sahen wir schon den neuen Pavillon, den der Ortsverband durch Spenden erwerben konnte. Im Bild oben ist er zu sehen. Er wird uns zukünftig bei Infoständen und auch bei unseren vielfältigen Aktivitäten als Blickfang dienen und unsere Prospekte und Flyer und natürlich auch uns selbst gegebenenfalls besser gegen Wind und Regen schützen. Im Bild sehen wir auch hinter dem Pavillon unseren Genossen Werner Uhlemann, der schon fleißig für unser körperliches Wohl sorgt. In der Versammlung konnte Genosse Jirmann berichten, dass die Aktion „die Stadtratsfraktion der LINKEN spendet Bobbycars für die Kinder der Stadt“ erfolgreich abgeschlossen wurde. Dem schloss sich eine Diskussion über weitere Aktivitäten mit dem Schwerpunkt unseres Auftretens zur 730-Jahrfeier des Ortsteiles Oechlitz an, bei dem der Pavillon erstmalig zum Einsatz kommen wird. Mit den anwesenden Kreisvorstandsmitgliedern, dem Kreisvorsitzenden Alexander Sorge und Genossen Detlef Walloch verständigten wir uns über Flyer und Broschüren, die uns der Kreisvorstand dafür zur Verfügung stellen wird. Weiterhin berieten wir mit ihnen, wie wir als



Ortsverband die Flüchtlinge im Kreis mehr unterstützen können. Die Diskussion ging bis zum Wahlkampf zu den Bundestagswahlen im nächsten Jahr, in dessen Verlauf Genosse Gregor Gysi auch den Süden des Saalekreises besuchen wird.

Nachgedacht wurde auch über eine Buchlesung prominenter Abgeordneter in Kitas, wie wir sie schon einmal mit dem damaligen Bundestagsabgeordneten Harald Koch durchgeführt hatten. Vielleicht auch einmal vor erwachsenen Zuhörern? Zum Abschluss wurden noch einige Termine des Kreisverbandes für die nächste Zeit genannt.

Ortsverband Mücheln (Geiseltal)  
Dr. Ludwig Uhlmann



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat August Geburtstag haben.**



## Groß gefeiert...

**wurde im Juni beim Familienfest der Krippe „Max und Moritz“ Bad Dürrenberg.**

Hierzu waren alle Familien der Krippenkinder eingeladen, inklusive der Großeltern. Bei bestem Wetter konnten sich die Kinder an verschiedenen Spielstationen austoben. Besonders spannend war die Feuerwehr vor Ort, wo man in einem echten Feuerwehrauto Probe sitzen durfte. Großes Interesse weckte auch das bunte Glücksrad an dem sich eine lange Schlange bildete. DIE LINKE. Saalekreis stellte für den Drehschiff zahlreiche Sachpreise zur Verfügung. Mit einem großen Kuchenbuffet und einem eigens betriebenen Grillstand ließ man das Familienfest in gemütlicher Atmosphäre ausklingen.

DIE LINKE. Saalekreis

Ortsverband Bad Dürrenberg



## 100 bewegungsarme Tage in Sachsen-Anhalt

Mit Blick auf 100 Tage Landesregierung in Sachsen-Anhalt erklären der Vorsitzende der Fraktion Swen Knöchel und die Landesvorsitzende und stellv. Fraktionsvorsitzende Birke Bull:

„Gemeinhin werden die ersten 100 Tage einer Landesregierung als Schonzeit betrachtet. Allerdings – es gab fast nichts zu schonen. Der Start war von einer Koalitionsvereinbarung geprägt, in der DIE LINKE manche ihrer Forderungen wiederfand, dies auch betonte, zugleich jedoch darauf verwies, dass es sich hier um dringend notwendige Reparaturmaßnahmen handele, die auf die Korrektur verhängnisvoller Fehlentscheidungen der letzten Jahre zielen. Schließlich bleiben Investitionen in Personal, Bildung und Kommunen mehr als überfällig. Das ist aus Sicht der LINKEN die zentrale Aufgabe der Landesregierung, und daran wird sie zu messen sein.“

Nun gilt es, die Koalitionsvereinbarung umzusetzen, und da ist noch nicht viel geschehen. Nicht zuletzt auf massiven Druck der LINKEN hin wurde der Versuch unternommen, eine schnelle Zwischenlösung für das große Problem der nachträglich erhobenen Beiträge für Abwasser- und Wasseranschlüsse zu finden. Verabschiedet wurde mit den Stimmen der Koalition ein Gesetz, dass diese Lösung nicht zu erbringen vermag, da es von Halbherzigkeit und Inkonsequenz bestimmt ist. Ebenfalls vollmündig vor der Wahl angekündigt war die Lösung der teilweise explodierenden Kitagebühren. Klar ist bis jetzt nur: Weder Modell noch Zeitplan stehen unter den Regierungspartnern fest.

Zweimal also bei konkreten Problemen Fehlanzeige seitens der Landesregierung und der Koalition. Bei der bleibt es leider auch bei zwei nicht minder wichtigen Vorhaben: Mehr Personal für Schule und Polizei. Das Stadium der Ankündigungspolitik ist in beiden Fällen noch längst nicht überwunden, und es bleibt nach wie vor unklar, wie es hier nun weitergehen soll. Stattdessen reist der Innenminister durch die Lande und wirbt für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – und will damit wohl vor allem von seiner eigenen Verantwortung für den teilweise desolaten Zustand der Landespolizei ablenken.

Die erste große Stunde der Wahrheit wird wohl mit der Vorlage des Entwurfs für den nächsten Landeshaushalt beginnen. Da wird sich erweisen, ob die Koalitionsvereinbarung mehr darstellt als nur beschriebenes Papier, ob es tatsächlich eine konsequente Abkehr vom fatalen Kurs des Sparens-um-jeden-Preis geben wird, ob künftig Gestaltungswille und Gestaltungsfähigkeit den Kurs von Landesregierung und Koalition bestimmen werden. Skepsis ist am Platze, viele Vorhaben wurden gleich von vornherein mit dem Siegel des Finanzierungsvorbehalts versehen.

Noch dominiert der Eindruck: Die Worte hör‘ ich wohl ... Entscheidend aber bleibt, was geschieht. Wichtig bleibt der Druck einer starken linken Opposition im Landtag, und wichtiger noch: Es wird des Drucks der breiten Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt bedürfen, damit Landesregierung und Koalition nicht bei Ankündigungen und Versprechen stehen bleiben können.“

## „Ihr Scheißjuden!“

### Über den Protest gegen den Al-Quds-Marsch

von Michael Waßmann

Am 2. Juli haben sich auch Mitglieder der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt an den Protesten gegen den antisemitischen und antizionistischen Al-Quds-Marsch in Berlin beteiligt – wo wir zu unserer Freude auch einigen Genoss\*innen aus anderen Landesverbänden auf der richtigen Seite der Hamburger Gitter begegneten.

Der Al-Quds-Tag ist ein vom Iran ausgerufenen Kampftag zur Eroberung Jerusalems (und der damit einhergehenden Vernichtung Israels). Auch in Berlin ist er Anlass für Antisemit\*innen aller Hintergründe ihren – offen rechts, islamistisch, sonst religiös oder links motivierten, aber regelmäßig in Deutschland kultivierten – Hass auf Israel und seine Bewohner zur Schau zu

stellen. So auch in diesem Jahr. Freilich ist offener Antisemitismus schlecht für die Öffentlichkeitswirkung und selbst der bürgerliche Staat will so etwas regelmäßig nicht haben. Deshalb ist der Al-Quds-Marsch nicht nur mit allerhand Auflagen versehen, auch die Organisator\*innen lassen sich einiges einfallen, um den Antisemitismus in Bahnen zu lenken, die von der deutschen Gesellschaft akzeptiert werden:

So stand auf einem ihrer Lautsprecherwagen neben dem Vorwurf der Apartheid Israels auch „Muslime, Christen, Juden: Hand in Hand gegen Zionismus“. Das mit der interkonfessionellen Zusammenarbeit sah die Person, die unserer Gruppe „Ihr Scheißjuden!“ zurief, offenkundig anders. Aber auch den Organisator\*innen selbst scheint nicht aufgefallen zu sein, dass in Israel



nicht nur Muslime, Christen und Juden tatsächlich vergleichsweise gut miteinander auskommen, sondern auch die Rechte von Minderheiten geachtet werden, während der Gaza-Streifen von der islamistischen Terrororganisation Hamas „judenrein“ gehalten wird, aber auch Frauen, Homosexuelle, Oppositionelle (darunter auch Teilnehmer\*innen einer Friedensdemonstration) und alle anderen, die nicht ins Weltbild der Hamas passen, mit tödlicher Gewalt unterdrückt werden und Kinder als menschliche Schutzschilde für Waffenlager herhalten müssen. „Free Gaza from Hamas“ war an diesem Tag ein beliebter Demospruch der Gegenproteste.

Selbst Plakate wurden von den Organisator\*innen des Al-Quds-Marsches gestellt, um eine möglichst unverfängliche Außenwirkung zu garantieren. Doch was an „Schluss mit dem Raubtierkapitalismus“ im Zusammenhang nur als antisemitisches Stereotyp von der jüdischen Gier lesbar oder einer Gleichsetzung Israels mit Nazideutschland besonders unverfänglich oder weniger offensichtlich antisemitisch sein soll, bleibt offen. Naziverbrechen zu relativieren und gleichzeitig Israel einen erfundenen Völkermord vorzuwerfen, hat jedenfalls in meinen Augen eine sehr offensichtliche Intention, ebenso, wie sich ein Plakat gegen die „ewige Schuld der Deutschen“, wie eine Aufforderung liest, endlich wieder Juden hassen zu dürfen.

Auch wurde berichtet, dass die Organisator\*innen – mit der einem Offenbarungseid gleichenden Begründung, man dürfe den Gegner\*innen ihres Aufmarsches kein Material liefern – darauf bestanden, dass nur vom Lautsprecherwagen vorgegebene Parolen zu schreien seien. Das deckt sich auch mit meinem persönlichen Eindruck, auch wenn sich die selbst von Redner\*innen vorgetragenen Parolen leicht als antisemitisch erkennen ließen. Dass Israel Kinder ermorde, geht auf die antisemitische Ritualmordlegende zurück, die die Gegendemonstrant\*innen ironisch mit „Kannibalismus gehört zu unsern Riten: Esst mehr Antisemiten!“ aufgegriffen.

Der (erfolgreiche) Versuch trotz Verbot Hisbollah-Fahnen zu zeigen illustriert schon ausreichend, warum die Organisator\*innen zu Recht offen antisemitische Ausbrüche der von ihnen zusammengebrachten Teilnehmer\*innen erwarten durften und erwartet haben. Immerhin wartet Hisbollah nicht nur mit antisemitischer Propaganda, sondern auch mit Terroranschlägen gegen jüdische Einrichtungen auf, selbst wenn diese in keinem direkten Zusammenhang mit Israel stehen – nicht dass den jüdischen Staat zu terrorisieren als Beleg

für die antisemitische Grundüberzeugung der Hisbollah nicht ausreiche. Als Surrogat stehen hier aber natürlich die Fahnen Libanons, wo die Hisbollah heimisch ist, und Syriens zur Verfügung, das sowohl Hisbollah und bis vor Kurzem auch Hamas unterstützte – nicht dass das Assad-Regime nicht auch von sich aus widerlich genug wäre. Hamas propagiert in ihrer Charta offen die Ermordung von Juden als religiöse Notwendigkeit.

Freundliche Unterstützung erhält sie bei ihren Versuchen, Juden zu töten, auch vom iranischen Regime, dessen Regierungschef Rohani hierzulande als „gemäßigt“ gilt, über den einige Gegendemonstrant\*innen, die vermutlich der Green Party of Iran zuzurechnen sind, aber unermüdlich „Rohani ist – ein Terrorist!“ skandierten. Womit sie insofern Recht haben, als dass weder der iranische Staatsantisemitismus noch die Unterstützung terroristischer Gruppen mit dem Ziel der Vernichtung Israels unter seiner Regentschaft ein Ende fanden. Auch der „gemäßigte“ Präsident führte den Al-Quds-Marsch in Teheran an. Von solchen Bestrebungen, die auf die Vernichtung Israels gerichtet sind, abzulassen, war aber keine Bedingung für den jüngsten Atomdeal mit der islamischen Republik oder die neuerdings viel zelebrierten wirtschaftlichen Beziehungen auch Deutschlands mit ihr.

Entsprechend wurden auch iranische Fahnen gezeigt. Der Bezug ist eindeutig: Die Antisemit\*innen des Al-Quds-Marsches solidarisieren sich damit bewusst mit jenen Staaten, die aktiv Organisationen unterstützen, die wie Hamas oder Hisbollah Juden hassen und ermorden. Denn zu oft bleibt es nicht nur beim Versuch, auch wenn die Wehrhaftigkeit Israels Schlimmeres verhindert. Es ist kein Zufall, dass sich all dieser Hass gerade gegen den jüdischen Staat richtet, zu dessen Selbstverständnis es gehört, Menschen vor Antisemitismus zu schützen.

Dass trotz der offenen Sympathie für Vernichtungsantisemitismus, dem offenkundig von antisemitischen Legenden verzerrten Bild Israels und der immer wieder dokumentierten antisemitischen Ausfälle dieser Aufmarsch noch nicht verboten wurde, sondern wieder Israel-Flaggen weichen mussten, weil sie Antisemit\*innen provozieren, ist ebenso unverständlich, wie die vergleichsweise geringe Zahl der Gegendemonstrant\*innen – immerhin deutlich weniger als auf der Gegenseite. Dass die deutsche Gesellschaft auch heute dem Antisemitismus wenig entgegenzusetzen hat, ihn in bestimmten Formen sogar zu akzeptieren bereit ist, wird an einem solchen Tag offenkundig. Ebenso wie die Notwendigkeit eines jüdischen Staates.